

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

22. Februar 1951.

232/J

A n f r a g e

der Abg. E l s e r und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend die Errichtung von Krebsfürsorgestellen.

-.-.-.-

Die Anzahl der Krebserkrankungen, auch solcher mit tödlichem Ausgang, hat eine erschreckende Höhe erreicht. In Wien allein sterben jährlich mindestens 5.000 Menschen an Krebs. Bei rechtzeitiger Behandlung ist aber, nach dem heutigen Stande der medizinischen Wissenschaft, der Krebs fast in allen Fällen zu vermeiden. Krebs ist heilbar, sagt die Wissenschaft, wenn rechtzeitig eingegriffen wird.

Die wichtigste Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung dieser Volksseuche ist also, dass die Krankheit rechtzeitig erkannt und behandelt wird. Das jedoch setzt voraus, dass im ganzen Lande eine genügende Anzahl von Krebsfürsorgestellen vorhanden ist.

Die wenigen öffentlichen Krebsfürsorgestellen, die dem Ansturm der Bevölkerung keineswegs gewachsen sind, wurden von Gemeinden und Sozialversicherungsinstituten eingerichtet und werden von diesen erhalten. Bekanntlich wird zum Beispiel in Wien ein Kampf um die wesentliche Vermehrung dieser Krebsfürsorgestellen geführt. Dabei darf man nicht überschhen, dass nach der Verfassung das Gesundheitswesen in Gesetzgebung und Vollziehung Sache des Bundes ist, dass aber das Bundesministerium für soziale Verwaltung bisher keinerlei Anstalten getroffen hat, staatliche Krebsfürsorgestellen zu errichten. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung will sich offenbar nur auf die sanitäre Aufsicht beschränken und die Obsorge für die Gesundheit der Bevölkerung anderen überlassen. Pflicht einer verantwortungsbewussten Leitung des Gesundheitswesens wäre es jedoch, auch auf dem Gebiete der Krebsfürsorge die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die folgende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, unverzüglich alles zu unternehmen, dass im Interesse der Gesundheit der Gesamtbevölkerung eine genügende Anzahl von Krebsfürsorgestellen in ganz Österreich eingerichtet wird, um damit eine erfolgreiche Bekämpfung der Krebsseuche zu gewährleisten?

-.-.-.-